

Niederschrift

SA/016/2023

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Schulausschusses
der Stadt Rheine
am 13.06.2023

Die heutige Sitzung des Schulausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzender:

Herr Stefan Gude	CDU	Ratsmitglied/Vorsitzender
------------------	-----	---------------------------

Mitglieder:

Frau Marlen Achterkamp	CDU	Ratsmitglied/2. Stellv. Vorsitzende - bis 18:48 Uhr
Frau Melanie Ehrhardt	CDU	Ratsmitglied
Frau Janine Heile-Limberg	FDP	Ratsmitglied
Herr Jens Krage	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Frau Claudia Kuhnert	fraktionslos	Ratsmitglied
Herr Rainer Ortel	UWG	Ratsmitglied
Frau Claudia Reinke	CDU	Ratsmitglied
Herr André Schaper	SPD	Ratsmitglied/1. Stellv. Vorsitzender
Herr Markus Tappe	CDU	Ratsmitglied
Herr Lars Wever	SPD	Sachkundiger Bürger
Frau Helena Willers	CDU	Ratsmitglied
Herr Josef Wilp	CDU	Sachkundiger Bürger

beratende Sachkundige Einwohner:

Frau Cornelia Baars	Sprecherin der Stadtschulpflegschaft
Frau Maja Dirks	Stadtschüler/-innenvertretung
Frau Doris Hasenkamp-Jakob	Ausschussmitglied Vertre-

Frau Dorit Tönjes

ter der kath. Kirche
Sachkundige Einwohnerin f.
Familienbeirat

Vertreter:

Frau Dr. Gertrud Hovestadt	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Vertretung für Herrn Abdeslam Nordine
Herr Heinz-Jürgen Jansen	DIE LINKE	Vertretung für Herrn Thomas Schürmann
Frau Verena Kaisel	CDU	Vertretung für Herrn Sascha Drescher
Frau Ulrike Stockel	SPD	Vertretung für Herrn Udo Mollen

Gäste:

Frau Beatrix Meyer	Sprecherin der Grundschulen
Frau Sandra Matzelle	Sprecherin der Stadtschulleiterkonferenz

Verwaltung:

Herr Raimund Gausmann	Beigeordneter
Frau Wiebke Gehrke	Leiterin Fachbereich 8
Frau Sandra Jürriens	PV Schulverwaltung
Frau Diana Möllers	Kinder- und Jugendarbeit, Koordination Schulsozialarbeit
Frau Marica Mrozek	Schriftführerin

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder:

Herr Sascha Drescher	CDU	Sachkundiger Bürger
Herr Udo Mollen	SPD	Sachkundiger Bürger
Herr Abdeslam Nordine		Sachkundiger Bürger
Herr Thomas Schürmann	DIE LINKE	Sachkundiger Bürger

beratende Sachkundige Einwohner:

Herr Vincenzo Pirone	Sachkundiger Einwohner f.
----------------------	---------------------------

Frau Linda Rezmer

Integrationsrat

Sachkundige Einwohnerin f.
Beirat für Menschen mit
Behinderung

Herr Eckhard Roloff

Ausschussmitglied Vertre-
ter der ev. Kirche

Herr Gude eröffnet die heutige Sitzung des Schulausschusses der Stadt Rheine.

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. 14 über die öffentliche Sitzung am 08.03.2023

Es erfolgen keine Anmerkungen zum Protokoll.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

2. Informationen der Verwaltung

Zusätzlich zu den Informationen aus der Vorlage ergänzt Herr Gausmann zum Thema Deutschlandticket, dass vom Land ein 29-Euro-Ticket für Schülerinnen und Schüler vorgesehen werde. Die Stadt Rheine sei bemüht, die Tickets für anspruchsberechtigte (nach der Schülerfahrtskostenverordnung NRW) Schülerinnen und Schüler zu beantragen. Detailfragen müssten noch final geklärt werden.

Außerdem informiert Herr Gausmann, dass die Michaelschule im ersten Bauabschnitt nach der Holzmodulbauweise ausgebaut werden solle. Derzeit gebe es jedoch aus statistischen Gründen offene Fragen im Genehmigungsprozess. Im Detail werde sich der Bau- und Mobilitätsausschuss damit beschäftigen. Es werde zu zeitlichen Verzögerungen im Bauprozess kommen. Dies habe keine Auswirkungen auf den schulischen Ablauf, da durch mobile Raumeinheiten genügend Klassenräume zur Verfügung gestellt werden würden.

Aufgrund einer Nachfrage zum weiteren Umgang mit den mobilen Luftfiltergeräten, wird die CDU-Fraktion gebeten, den angekündigten Antrag zu dieser Thematik zu stellen.

Abstimmungsergebnis: Kenntnisnahme

3. Einwohnerfragestunde

Bürger 1 ist besorgt über eine mögliche Schließung der Konradschule, dem Nebenstandort der Südeschule. Er bezieht sich darauf, dass er aufgrund der Wegstrecke und der Verkehrssitua-

tion keine Alternative sehe, als dass Eltern Ihre Kinder mit dem PKW zur Schule bringen müssten. Er fragt nach, wie die langfristig entstehenden Kosten bei den Eltern im Gegensatz zu den einmaligen Kosten bei einer Baumaßnahme gerechtfertigt werden würden.

Herr Gausmann antwortet, dass drei verschiedene Bauvarianten geprüft worden seien. Falls sich für die Variante mit vier Zügen an der Südeschule und null Zügen an der Konradschule seitens der Politik entschieden werden würde, könnte, geprüft werden, ob die bei den Eltern entstehenden Kosten durch die Schülerfahrtkostenverordnung aufgefangen werden könnten.

Die zweite Frage zielt darauf ab, ob auch unter Betrachtung der zukünftigen Schülerzahlen darauf geachtet worden sei, dass den Grundschulkindern stets ausreichende Schulhofflächen am Standort Südeschule zur Verfügung stehen würden.

Herr Gausmann erklärt, dass hinsichtlich der Schulentwicklungsplanung bis 2028 eine Vierzügigkeit an der Südeschule prognostiziert worden sei. Die Empfehlungen des Landes Nordrhein-Westfalens zur Schulhoffläche pro Schülerin und Schüler würden eingehalten werden. Hinsichtlich Erweiterungsmöglichkeiten sei langfristig gedacht worden und seien am Standort Südeschule möglich.

Bürgerin 2 berichtet, dass es an der Südeschule bereits heute zu Streitigkeiten und Mobbingfällen komme. Sie befürchtet, dass bei einer Erhöhung der Schüleranzahl an diesem Standort und zeitgleicher Verkleinerung der Schulhoffläche zu einer Verstärkung dieses Problems kommen könnte.

Herr Gausmann wiederholt, dass die zur Verfügung stehende Fläche den Empfehlungen des Landes Nordrhein-Westfalens entspreche. Seines Erachtens sei eine Schmälerung der Schulhoffläche nicht der entscheidende Faktor bei der Verursachung von Mobbing.

Bürgerin 3 möchte wissen, wie der schulische Ablauf während der Umbaumaßnahme bei der Bauvariante 4 – 0 geregelt werden würde.

Herr Gausmann antwortet, dass die Schülerinnen und Schüler bei allen drei Varianten nicht dauerhaft im Gebäude der Südeschule verbleiben könnten. Es würden mobile Raumeinheiten eingesetzt werden. In Abhängigkeit davon, für welche Bauvariante sich die Politik entscheidet und der daraus entstehenden Bauzeitenplanung werde der Unterricht entweder an der Südeschule, an der Konradschule oder an beiden Standorten durch die mobilen Klassenräume sichergestellt. In jedem Fall werde der Unterricht schulnah sichergestellt. Das Gebäude der Overbergschule stehe zur Auslagerung der Südeschule nicht zur Verfügung.

Es erfolgen keine weiteren Nachfragen.

4. Erhöhung der Musikschulgebühren zum 01. Januar 2024 Vorlage: 212/23

Herr Gausmann stellt die Genese der Vorlage dar. Er erläutert, dass die für den 01.01.2023 angedachte Erhöhung der Musikschulgebühren um 5 % auf Basis der Werte aus dem Jahr 2022 erst zum 01.01.2024 erfolgen solle. Die Mindererträge aus dem Jahr 2023 könnten durch die Landesförderung aus dem Stärkungspakt Armut kompensiert werden. Der heutige Beschluss zielle lediglich darauf ab, die Gebühren in 2023 nicht zu erhöhen. Eine Beschlussvorlage zur Erhöhung der Gebühren in 2024 erfolge in einer der kommenden Sitzungen.

Beschluss:

Der Schulausschuss beschließt die Gebühren der Musikschule der Stadt Rheine im Jahr 2023 nicht zu erhöhen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

5. Grundschuloffensive - Vorstellung der Vorentwurfsplanung Annetteschule Vorlage: 124/23

Herr Gausmann stellt die Genese der Vorlage dar. Er legt dar, dass das Musterraumprogramm in der Vorplanung eingehalten worden sei. Die hohen Kosten würden vor allem aus der energetischen Sanierung resultieren.

Daraufhin werden seitens der Fraktionen Fragen zur Vorlage gestellt und einige bereits untereinander diskutiert.

Auf die Frage, ob ein mehrgeschossiger Ausbau geprüft worden sei, antwortet Herr Gausmann, dass die Mehrgeschossigkeit aufgrund der unterschiedlichen Höhen nicht möglich sei. Bei Bedarf bestehe die Möglichkeit angrenzende Flächen zu nutzen.

Auf Nachfrage erklärt Herr Gausmann, dass eine Produktionsküche nicht vorgesehen sei. Dies müsse politisch beschlossen werden. Er gibt jedoch zu bedenken, dass nicht nur beim Bau höhere Kosten verursacht werden würden, sondern insbesondere durch das benötigte Personal immense Folgekosten entstehen würden.

Herr Gausmann stimmt den Fraktionen zu, dass Integrationskräften grundsätzlich Räume zur Verfügung stehen sollten, stellt jedoch in Frage, ob diese Räume zusätzlich vorhanden sein müssten. Er bevorzugt, vorhandene Räume, beispielweise Lehrerzimmer oder Differenzierungsräume multifunktional zu nutzen. Das Musterraumprogramm sei bereits sehr umfangreich. Es solle zunächst über intelligente Mischnutzungen nachgedacht werden, die die benötigten Funktionen erfüllen, bevor die Anzahl an Räumen erhöht werde.

Weiterhin äußert Herr Gausmann auf Nachfrage, dass man sich aktuell noch in einer Phase der Vorplanung befinde. Die Anordnung einzelner Räumlichkeiten, etwa die Sozialküche, könne in der folgenden Entwurfsphase noch verändert werden. Zum aktuellen Planungsstand sei eine genauere Schätzung der Kosten nicht möglich.

Aus den Reihen des Schulausschusses wird der Wunsch geäußert, dass bei der Auswertung durch die Bauverwaltung das Musterraumprogramm in der Vorlage dargestellt werden solle. Die Vorgaben des Musterraumprogramms seien jedoch eingehalten worden.

Ferner wird angemerkt, dass die in den Planungen angesetzte Betreuungsquote von 70 Prozent im Fall der Annetteschule eventuell als zu gering eingeschätzt werde. Begründet wird dies damit, dass die Synergien durch die Unterrichtsräumlichkeiten aufgrund der Trennung der Gebäudeteile vergleichsweise gering seien.

Anschließend äußert Herr Gausmann, dass aufgrund der Vorplanungen ein ehrlicher, den Ressourcen entsprechender Bauzeitenplan erstellt werden solle. Auf dessen Grundlage werde dann die Haushaltsplanung angelegt.

Die CDU-Fraktion merkt an, dass, wenn Priorisierungen getroffen werden müssten, dass dann die jeweiligen Maßnahmen detailliert in einer Beschlussvorlage vorgestellt werden.

Beschluss:

Der Schulausschuss nimmt die vorliegende Vorplanung für die Erweiterung der Annetteschule im Rahmen der Grundschuloffensive zur Kenntnis und empfiehlt dem Bau- und Mobilitätsausschuss, auf der Grundlage dieser Vorplanung die weiteren Leistungsphasen durchzuführen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

6. Grundschuloffensive - Vorstellung der Vorentwurfsplanung Marienschule Vorlage: 125/23

Herr Gausmann führt in die Vorlage ein. Bei der Marienschule gebe es drei Bauvarianten. Bei der ersten Variante werde möglichst viel Altsubstanz erhalten bleiben. Hierbei bestehe jedoch die Schwierigkeit, die Barrierefreiheit aufgrund unterschiedlich hoher Ebenen herzustellen. Daher bevorzuge die Verwaltung eine der anderen beiden Varianten. Bei der dritten Variante stehe im Vordergrund, die Fläche möglichst optimal zu nutzen, weshalb der Großteil des Entwurfs Neubauten seien. Variante 2 stellt einen Kompromiss von Variante 1 und 3 dar. Für Variante 2 habe gesprochen, dass es hier einen höheren Altbestand gebe und somit mehr Möglichkeiten beständen, Förderungen, die explizit für Um- und nicht Neubauten vorgesehen seien, zu beantragen. Letztlich habe die Verwaltung sich aufgrund schulorganisatorischer Abläufe sowie beispielsweise der Vermeidung von Rampen für Variante 3 entschieden. Somit werde Variante 3 empfohlen.

Herr Gausmann betont auch an dieser Stelle, dass zunächst die Einhaltung des Musterraumprogramms vom Schulausschuss geprüft werden solle und sich auf eine Vorplanung festzulegen, auf deren Basis die weiteren Leistungsphasen durchgeführt werden würden. Anmerkungen an den Bau- und Mobilitätsausschuss könnten danach noch in die Planung miteinfließen.

Die Fraktionen tauschen ihre Meinungen aus. Sie haben noch mehrere Anmerkungen zu den Entwürfen. Der Schulausschuss ist sich einig, dass Bauvariante 1 ausgeschlossen ist. Bauvariante 2 und 3 können sie sich grundsätzlich vorstellen. Eine Mischung wird von den Fraktionen angestrebt. Im Diskurs, wie genau diese Variante aussehen soll, wird deutlich, dass es sich um Fragestellungen handelt, die im wesentlichen nicht schulfachlicher Natur sind, sodass die letztendliche Entscheidung beim Bau- und Mobilitätsausschuss liegen solle.

Die Fraktionen beabsichtigen, dass folgende Aspekte bei der weiteren Planung mitbedacht werden sollten:

Der Altbau der Marienschule werde als Markenzeichen in Hauenhorst angesehen. Da die innere und äußere Optik eines Gebäudes sich auf das Wohlbefinden der Schülerinnen und Schüler auswirke, solle der Altbau möglichst erhalten und gut sichtbar bleiben.

Die abgeschlossene Aula aus Variante 3 werde als Veranstaltungsort als besonders vorteilhaft für die Dorfgemeinschaft angesehen. Daher solle geprüft werden, ob diese auch in der Bauvariante 2 umgesetzt werden könne.

Es solle die Höhe der Mehrkosten geprüft werden, die bei der Herstellung einer Aufstockungsmöglichkeit von den neuen Gebäudeteilen anfallen würden. Unter dem Aspekt der Wirtschaftlichkeit solle die Möglichkeit, zukünftig mehrgeschossig zu bauen, statisch geschaffen werden, um bestmöglich auf zukünftige Entwicklungen vorbereitet zu sein.

Es solle stets möglichst ressourcenschonend gebaut werden.

Beschluss:

Der Schulausschuss nimmt die vorliegende Vorplanung für die Erweiterung der Marienschule im Rahmen der Grundschuloffensive zur Kenntnis und empfiehlt dem Bau- und Mobilitätsausschuss, auf der Grundlage der Varianten 2 und 3 sowie unter Berücksichtigung der schulpädagogischen Anmerkungen des Schulausschusses, die weiteren Leistungsphasen durchzuführen.

Abstimmungsergebnis: geändert beschlossen, einstimmig

7. Grundschuloffensive - Vorstellung der Vorentwurfsplanung Südeschule Vorlage: 120/23

Herr Gausmann stellt die Genese der Vorlage dar. Die Südeschule mit ihrem gleichnamigen Hauptstandort „Südeschule“ und dem Nebenstandort „Konradschule“ solle von einer dreizügigen zu einer vierzügigen Grundschule erweitert werden. Wie vom Schulausschuss beauftragt, seien drei Varianten geprüft worden:

Variante 1 mit dem Hauptstandort Südeschule als 4-zügige Grundschule und Nebenstandort Konradschule ohne schulische Nutzung (4-0).

Variante 2 mit Hauptstandort Südeschule als 3-zügige Grundschule und Nebenstandort Konradschule als 1-zügige Grundschule ohne Ganztagsbereich und Sporthalle (3-1).

Variante 3: mit Hauptstandort Südeschule als zweizügige Grundschule und Nebenstandort Konradschule als 2-zügige Grundschule ohne Ganztagsbereich und Sporthalle (2-2).

Die Verwaltung empfiehlt aus schulorganisatorischen Gesichtspunkten die 4-0-Lösung.

In allen Varianten bleibe das als stadtbildprägend eingeschätzte Gebäude erhalten. Die Gebäudesubstanz sei erhaltenswert. Denkmalschutzrechtliche Gesichtspunkte hätten ebenfalls eine Rolle gespielt. Bei einem Abriss könnten keine oder nur unwesentliche Kosten eingespart werden. An dieses Gebäude solle dann ein Anbau errichtet werden, welcher dem Musterraumprogramm entspricht.

Bei allen Varianten entspreche die Schulhoffläche den Richtlinien des Landes NRW. Die Folgekosten könnten bei der 4-0-Variante am geringsten gehalten werden. Des Weiteren werde auf die Vorlage verwiesen.

Die Fraktionen diskutieren über die Pro- und Contra-Argumente für die Varianten 1 und 2. Die Variante 3 wird nicht weiterverfolgt.

Es kristallisiert sich heraus, dass unabhängig von der heutigen Entscheidung überprüft werden müsse, ob die Schulhoffläche am Hauptstandort Südeschule erweitert werden könne. Die Möglichkeiten zur Nutzung der Flächen Robertstraße und dem Gelände der Kirchengemeinde sollten geprüft werden.

Bei der Entscheidung für die 3-1-Lösung sollte die Option geprüft werden, ob das Schulgebäude zukünftig zu einer vierzügigen Schule ausgebaut werden könne.

Beschluss:

Der Schulausschuss nimmt die vorliegende Vorplanung für die Erweiterung der Südeschule, mit dem Hauptstandort Südeschule als 3-zügige Grundschule und dem Nebenstandort Konradschule als 1-zügige Grundschule ohne Ganztagsbereich und Sporthalle, im Rahmen der Grundschuloffensive zur Kenntnis. Er empfiehlt dem Bau- und Mobilitätsausschuss, auf Grundlage dieser Vorplanung die weiteren Leistungsphasen durchzuführen.

Abstimmungsergebnis: Geänderter Beschlussvorschlag

11 Stimmen, 3 Gegenstimmen, 2 Enthaltungen

8. Lernen in Gemeinschaft Vorlage: 228/23

Herr Gausmann verweist auf die Vorlage. Darüber hinaus ist ein Antrag der CDU und FDP eingegangen. Frau Reinke nimmt Stellung zum Antrag. Das Projekt „Lernen in Gemeinschaft“ habe in den Klassen 5 und 6 einen Grundstein gelegt. Die pädagogische Arbeit müsse in den siebten bis neunten Klassen fortgesetzt werden. Für den Jahrgang 10 könne diskutiert werden, ob die Maßnahme hier ebenfalls sinnvoll ist, ob hier berufsvorbereitende Maßnahmen eher greifen. Herr Gude stellt fest, dass sich die Ausführungen von Frau Reinke nicht mit dem Inhalt des Antrages decken. Demnach solle das Projekt lediglich für die Jahrgänge 7 und 8 fortgesetzt werden. Frau Reinke korrigiert. Beantragt werden solle die Fortsetzung des Projektes für die Jahrgänge 7 – 9. Die Verwaltung solle überprüfen, ob die Fortsetzung für den Jahrgang 10 sinnvoll sei.

Beschluss:

- 1) Der Schulausschuss beschließt zum Schuljahr 2023/2024 auch in den Klassen 7 bis 9 das Projekt „Lernen in Gemeinschaft“ fortzusetzen und dass weitere I-Pool-Kräfte in den Klassen 5 und 6 eingesetzt werden.
- 2) Die Verwaltung wird beauftragt, zu überprüfen, ob die zusätzlichen Mittel im Schuljahr 2023/2024 für das Haushaltsjahr 2023 aus dem laufenden Budget bereitgestellt werden können.
- 3) Die Verwaltung wird beauftragt für das Haushaltsjahr 2024 für die mittelfristige Finanzplanung, die Mittel so einzustellen, dass eine Fortführung des Projektes bis zunächst einschließlich der Klasse 9 sichergestellt ist.
- 4) Die Verwaltung wird beauftragt, das Projekt gemeinsam mit den Schulen auszuwerten und konzeptionell zu prüfen, ob das Projekt auch im Jahrgang 10 fortgeführt werden soll.

Abstimmungsergebnis: geändert beschlossen, einstimmig

9. Schulentwicklung der Grundschulen und weiterführenden Schulen der Stadt Rheine Vorlage: 211/23

Frau Gehrke stellt die Genese der Vorlage dar.

Herr Gausmann erklärt auf Nachfrage, dass im Unterschied zur Schulentwicklungsplanung 2019, die integrierten Systeme (Gesamtschule und Sekundarschulen) als ein System betrachtet werden. Zum damaligen Zeitpunkt seien die Gesamtschule und die Sekundarschulen separat

betrachtet worden. Zudem sei beschlossen worden, dass drei Züge an der Euregio-Gesamtschule und sechs Züge der Realschule mit gemeinsamen Lernen geführt werden sollen. Dies führe in der Praxis dazu, dass diese Klassen bis 29 Schülerinnen und Schüler aufgefüllt werden und nicht bei 25 zugemacht werden. Das führe dazu, dass im Maximalfall 174 Schülerinnen und Schüler in einem Realschuljahrgang vorhanden wären. Es würden 30 Kinder mehr werden, welches die integrierten Systeme schwächen würde. Zudem sei es schulrechtlich in dem Fall nicht möglich, an der Euregio-Gesamtschule nur drei Klassen des gemeinsamen Lernens zu machen. Der Grund dafür ist, dass eine Schule des Gemeinsamen Lernens an einer anderen Schulform nur gegründet werden darf, wenn die bestehenden Schulen des gemeinsamen Lernens schon vollgelaufen seien. Das heißt, die Euregio-Gesamtschule dürfte nicht nur zur Hälfte als Schule des Gemeinsamen Lernens geführt werden. Das führte dazu, dass die Gesamtschule sowie die Realschule weiterhin fünfzügig bleiben sollten. Zudem hätte das Musterraumprogramm für eine sechszügige Gesamtschule nicht umgesetzt werden können. Somit sei man zu der Empfehlung gekommen, 13 Züge im integrierten System, 13 Züge an den Gymnasien und 5 Züge mit der Möglichkeit einer Mehrklassenbildung in der Realschule zu beschließen. Schulrechtlich sei die Einrichtung des Gemeinsamen Lernens an Gymnasien auch nur möglich wenn die bisherigen Schulen des gemeinsamen Lernens ausgeschöpft seien.

Beschluss:

- 1.) Der Schulausschuss nimmt die Ausführungen zur Schulentwicklung der Rheiner Schulen zur Kenntnis.
- 2.) Die Verwaltung wird beauftragt, die notwendigen Beschlüsse von Schulausschuss und Rat für die Umsetzung der in der Vorlage vorgeschlagenen Zügigkeiten an den weiterführenden Schulen vorzubereiten und die erforderlichen Beschlüsse der Schulkonferenzen sowie die Genehmigung der Schulaufsicht einzuholen. Die Verwaltung wird beauftragt, die Gespräche mit der Bezirksregierung zur Entwicklung der Schülerzahlen im gemeinsamen Lernen fortzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

- 1.) Kenntnisnahme
- 2.) einstimmig

10. Sachstandsbericht zum Musterraumprogramm der weiterführenden Schulen der Stadt Rheine Vorlage: 225/23

Frau Gehrke legt die Genese der Vorlage dar.

Frau Reinke stellt den Prüfauftrag, inwiefern Räumlichkeiten schon vor Beendigung des Prozesses baulich umgesetzt werden können.

Herr Gausmann erklärt, dass das Musterraumprogramm für die Klassen 5- 10 für die Gesamtschule bereits stehe. Hier werde gebaut, sobald die nötigen Ressourcen zur Verfügung stehen würden. Darüber hinaus bestehe eine Schwierigkeit darin, dass die Gymnasien räumlich nicht vollständig getrennt betrachtet werden könnten. Es ergebe aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten Sinn, Leistungskurse, die hochinvestive Maßnahmen erfordern (z.B. Physik-Leistungskurs), lediglich an einem Standort zu ermöglichen. Dies erfordere die Abstimmung mit den Schulleitungen.

Beschluss:

Der Schulausschuss beauftragt die Verwaltung unter Berücksichtigung der Schulentwicklungsplanung die Raumprogramme für die Gesamtschule (Sek. II) und die Gymnasien zu standardisieren.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

11. Projekt "Rheine lernt Schwimmen" **Vorlage: 222/23**

Herr Gausmann legt die Genese der Vorlage dar. Bezüglich des Kostenplans sollten Details mit dem Anbieter noch einmal besprochen werden. Insbesondere solle geprüft werden, ob bei den hoch angesetzten Kosten für die Anleitung pädagogischer Fachkräfte und der Koordinationsstelle noch zu einem gewissen Grad eingespart werden könnten.

Die Fraktionen betonen die Bedeutung der Schwimmfähigkeit und die Aktualität des Themas.

Die Fraktion der Grünen äußern die Anmerkung, dass ein weiterer Ansatz sein könnte, die Zielgruppe um die Menschen mit Migrationshintergrund ohne Schwimmfähigkeit, die keine Schule mehr besuchen zu erweitern.

Herr Gausmann erläutert auf Nachfrage, dass bereits einige Angebote durch Landesmittel umgesetzt werden konnten. Mit der Beschlussfassung würden bisherige Angebote erweitert und zusätzliche Angebote geschaffen werden. Somit könnten die Chancen wesentlich erhöht werden, dass Kinder die Grundschule als sichere Schwimmer verlassen. Jedoch sei es trotz aller Bemühungen unrealistisch eine 100-Prozent-Quote zu erreichen. Zum sicheren Schwimmen gehöre mehr als nur das Seepferdchen-Abzeichen zu erreichen.

Daher regt die CDU-Fraktion an, das Projekt auch um Schülerinnen und Schüler der weiterführenden Schulen zur erweitern.

Herr Gausmann antwortet, dass das Projekt zunächst auf Grundschulen abziele. Über eine Erweiterung könne nach Evaluation des Projekts neu beraten werden. Möglichkeiten würden in Angeboten in den Sommerferien zum Übergang zur weiterführenden Schule oder in der Unterstützung des Schwimmunterrichts an weiterführenden Schulen durch Vereinspersonal gesehen werden.

Frau Matzelle sagt aus, dass die weiterführenden Schulen personell gut ausgestattet seien, um die Kenntnisse aus den Grundschulen auszubauen. An der Grundschule fehle häufig das geeignete Personal, um das Schulschwimmen in einem ausreichenden Maß anzubieten. Daher setze das Projekt, die Lehrkräfte an den Grundschulen zu unterstützen, an der richtigen Stelle an. Eventuell müssten einige Grundschulen stärker gefördert werden als andere, da an einigen Standorten die Nichtschwimmer-Quote besonders hoch sei.

Beschluss:

- 1.) Der Schulausschuss beschließt die Durchführung des Projektes „Rheine lernt Schwimmen“.
- 2.) Für das laufende Haushaltsjahr wird das Projekt aus vorhandenen Fördermitteln finanziert.
- 3.) Die Verwaltung wird beauftragt, für das Haushaltsjahr 2024 die Kosten in der Haushaltsplanung zu berücksichtigen und dafür mit Projektträger den notwendigen Zeitanteil

für die Projektleitung (aktuell 15 Std. Woche) zu prüfen und dem Schulausschuss einen entsprechenden Vorschlag vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

12. Anmeldeergebnisse der weiterführenden Schulen zum Schuljahr 2023/24
Vorlage: 210/23

Frau Gehrke verweist auf die Vorlage. Sie weist daraufhin, dass sich die Anmeldungen am Emsland-Gymnasium für die Bündelungsklasse auf 11 Schülerinnen und Schüler reduziert habe.

Aus dem Teilnehmendenkreis erfolgt die Anregung, die aufgeführte Tabelle um die Zahl der Ablehnungen zu erweitern.

Beschluss:

Der Schulausschuss nimmt das Ergebnis der Anmeldungen zu der städtischen Realschule und den Sekundarschulen sowie zu der städtischen Gesamtschule und den Gymnasien zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: Kenntnisnahme

13. Bericht zum Ergänzungsangebot „Schulische Bildung“ zur Integration neu zugewanderter Schülerinnen und Schüler
Vorlage: 229/23

Frau Gehrke stellt die Vorlage vor.

Durch die Fördermittel aus dem Stärkungspakt Armut könne das Angebot bis zum Ende des Jahres 2023 fortgesetzt werden.

In diesem Zusammenhang informiert Frau Gehrke, dass gemeinsam mit den weiterführenden Schulen und der Bezirksregierung für das kommende Schuljahr festgelegt worden sei, neu zugewanderte Schülerinnen und Schüler in Willkommensklassen zu unterrichten. Im kommenden Schuljahr wird diese Aufgabe für die 5. und 6. Klassen das Kopernikus-Gymnasium, für die Jahrgänge 7 und 8 die Nelson-Mandela-Schule und für die 9. und 10. Klassen das Weiterbildungskolleg übernehmen.

Frau Gehrke spricht allen Schulen und dem Träger Ihren Dank für die Kooperation und die Integrationsarbeit im Sinne der neuzugewanderten Schülerinnen und Schüler aus.

Beschluss:

Der Schulausschuss nimmt den Bericht zum Ergänzungsangebot „Schulische Bildung“ zur Integration neu zugewanderter Schülerinnen und Schüler an den weiterführenden Schulen zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: Kenntnisnahme

**14. Berichtswesen 2023, Stichtag 31.05.2023, Fachbereich 8 - Schulen, Migration und Integration, Produktgruppe 85
Vorlage: 163/23**

Herr Gausmann verweist auf die Vorlage. Es erfolgen keine Anmerkungen.

Beschluss:

Der Schulausschuss nimmt den unterjährigen Bericht für den Fachbereich 8 – Schulen, Soziales, Migration und Integration, Produktgruppe 85 Schulen – mit dem Stand der Daten zum 31.05.2023 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: Kenntnisnahme

**15. Berichtswesen 2023, Stichtag 31.05.2023, Sonderbereich 2 - Bildung, Produktgruppe 23
Vorlage: 164/23**

Herr Gausmann verweist auf die Vorlage. Es erfolgen keine Anmerkungen.

Beschluss:

Der Schulausschuss nimmt den unterjährigen Bericht für den Sonderbereich 2 – Bildung, Produktgruppe 23 – mit dem Stand der Daten zum 31.05.2023 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: Kenntnisnahme

16. Anfragen und Anregungen

Frau Stockel berichtet, dass nach den Berechnungen der Fraktion die Kapazitäten der Sporthalle an der Südeschule nicht für eine vierzügige Schule ausreichend seien. Dies sei ebenfalls der Fall, wenn ein Jahrgang durchgehend zum Schwimmen gehen würde.

Herr Gausmann stimmt dem zu. Er sei jedoch zuversichtlich, dass eine Alternative Halle gefunden werde, womit der Bedarf an Sportstunden der Südeschule gedeckt werden könne.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen.

Ende des öffentlichen Teils: 19:19 Uhr

